

# Die Gestalt der Gewalt

## Genauere Analyse zur Gewalt gegen Frauen gefordert, Aktionsplan soll folgen

3. Februar 2011 – SPD und Grüne fordern die Landesregierung auf, gegen Gewalt an Frauen tätig zu werden (Drs. 15/1196). Sie soll zunächst differenziert die Situation und die einzelnen Zielgruppen analysieren und daraus resultierend einen Landesaktionsplan auflegen, ein öffentliches Bewusstsein schaffen sowie massiv in der Bevölkerung aufklären und sensibilisieren. Außerdem sollen Frauenhäuser und -beratungsstellen eine sichere Finanzierung erhalten. In der Tendenz sind sich alle Fraktionen einig.

40 Prozent aller Frauen in Deutschland hätten seit ihrem 16. Lebensjahr schon einmal Gewalt erfahren, ordnete Eva Steining-Bludau (SPD) das Ausmaß des Problems ein und verwies auf einen Katalog der Gewaltformen vom Stalking über K.-o.-Tropfen und Prügel bis zur Zwangsprostitution. Neben den unmittelbaren Verletzungen komme es bis zum Verlust der gesamten Lebensqualität. Die Verantwortung liege bei den Tätern, aber auch bei denen, die wegschauten und nichts dagegen unternähmen, begründete die Abgeordnete den Antrag. „Gewalt ist durch nichts zu entschuldigen oder zu rechtfertigen“, betonte die SPD-Sprecherin.

Verena Schäffer (Grüne) hoffte auf ein gemeinsames Vorgehen der Fraktionen, denn Gewalt gegen Frauen sei kein Kavaliersdelikt, sondern eine massive Menschenrechtsverletzung. Selbst aus volkswirtschaftlicher Sicht habe die Gewalt gravierende Folgen, nämlich knapp 15 Milliarden Euro in Deutschland, zitierte die Grüne Berechnungen des niedersächsischen Sozialministeriums. Kostenfaktoren wie Arbeitsausfälle, Polizeieinsätze und medizinische Behandlungen machten es notwendig, eine Fachstelle zu diesen Gewaltfolgen einzurichten. Daneben gelte es, die Prävention zu verstärken, insbesondere in Schulen und der Jugendhilfe.

Selbstverständlich gelte der Titel des Antrags „NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt“, meinte Wolfgang Exler (CDU). Es komme



aber nichts Neues auf den Tisch, zeigte sich der Abgeordnete enttäuscht. Er stimme allen Forderungen im Antrag zu, jedoch fehlten ihm Angaben zur Finanzierung der Vorhaben. Außerdem müsse man warten, bis 2012 der Aktionsplan vorliege, um konkrete Ziele bis zum Ende der Wahlperiode festzulegen, beklagte Exler. „Lassen Sie uns im Ausschuss gemeinsam über den Tellerrand hinausblicken und nachhaltige Lösungen erarbeiten“, appellierte auch der CDU-Sprecher an die anderen Fraktionen.

Gewalt dürfe in einer freien und fairen Gesellschaft keinen Platz haben, unterstrich Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Ebenso unbestritten sei aber, dass weder Gesellschaft noch Politik jegliche Gewalt verhindern könnten. Den besten Opferschutz sah sie in der Vorbeugung. Die Abgeordnete begrüßte den Antrag in der Ten-

denz, kritisierte aber, dass er nicht erkläre, „wie wir den Helfern die Ängste nehmen können, wegen ihres couragierten Eingreifens später in Regress genommen zu werden“. Außerdem verstand Pieper-von Heiden nicht, warum SPD und Grüne die Frauenhilfeeinrichtungen bei der Fortbildung ausklammerten.

Auch Hamide Akbayir (Linke) sah den Antrag in die richtige Richtung zielen. Zwei Ergänzungen waren ihr aber wichtig: Wenn das Land einem erweiterten Bedarf gerecht werden wolle, dürfe es sich nicht nur auf junge Frauen beschränken,

sondern müsse auch Migrantinnen, behinderte und ältere Frauen berücksichtigen und so zu einer größeren Differenzierung kommen. Zweitens betonte die Linke eine gesicherte Finanzierung als „Dreh- und Angelpunkt“, beispielsweise für die Öffentlichkeitsarbeit, die laut Antrag verstärkt werden solle. Darüber hinaus forderte Akbayir ein bundesweit einheitliches und verbindliches Finanzierungssystem.

Frauenministerin Barbara Steffens (Grüne) betonte das Anliegen, zunächst fundiert die unterschiedlichen Themenfelder und Zielgruppen zu analysieren. Manche seien bisher noch nicht erfasst oder würden nicht genügend erreicht wie etwa „Frauen in gehobenen Schichten“. Steffens stellte in Aussicht, auch im Opferschutz Tätige, Frauenhilfeeinrichtungen und Selbsthilfeorganisationen von Migrantinnen am ganzen Prozess zu beteiligen. Der neue, fundierte Weg, den die Landesregierung gehen wolle, gelinge aber nicht von heute auf morgen, widersprach die Ministerin Forderungen des CDU-Sprechers nach schnellerem Handeln. sow



Der Landtag hat den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation überwiesen. Mitberatern sollen der Innen- und der Rechtsausschuss sowie der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Im Frauenausschuss soll am Ende der Beratungen abschließend abgestimmt werden.